

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1905**

45 (22.2.1905)

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —  
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger angeheftet, monatlich 70 Pfg.,  
vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich  
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Dreifräger  
ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate  
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von An-  
feraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Höhere Inserate müssen  
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden  
der Expedition: vormittags 1/2 9—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 45.

Karlsruhe, Mittwoch den 22. februar 1905.

25. Jahrgang.

## Bourgeoispreffe und Schillerjahr.

Karlsruhe, 22. Febr.

Zu diesem Jahre will das deutsche Volk den  
Lobestag eines seiner größten Männer, des großen  
Dichters und Freiheitskämpfers Friedrich Schiller, in  
pietätvoller Weise begehen. Der Lobestag Schillers  
fährt sich heuer zum hundertstenmal und überall  
finden sich Vorbereitungen zu einer würdigen Gedenkfeier  
im Gange. Auch das laienbewusste Pro-  
letariat will sich den Anlaß nicht entgehen lassen,  
dem Andenken Schillers den gebührenden Tribut  
des Dankes und der Verehrung zu widmen. Zwar  
will man es der Sozialdemokratie verzeihen, daß  
auch sie das Andenken Schillers ehren will. Wir  
begreifen das, müssen aber nicht desto weniger der  
Bourgeoispreffe das Recht absprechen, daran zu  
glauben, daß die Ehre des großen Dichters durch  
die sozialdemokratischen Proletarier im Gange Schillers  
gehoben würde. Niemand hat weniger ein Recht  
zu solchem Zweifel als unsere Bourgeoispreffe.  
Wenn irgendwo der Geist Schillers verlegt  
wird, so in unserer bürgerlichen Presse. Das  
Bürgertum von heute samt seiner Presse bewegt  
sich weitab von Schillerschem Geiste, weitab von  
Schillers Gedankenswelt. Welt vom Schöpfer  
der Spiegel für Schöpfung konstitutioneller Ver-  
hältnisse in Anblik und dahem ist er der hurra-  
brüllende alleruntertänigst ersehnte Verehrer des  
Faktismus.

Und wie verhält sich die Bourgeoispreffe in  
diesen Tagen wieder, als vom Moskauer Krenel  
her die Kunde von dem schrecklichen Ende eines  
Tyrannen kam? O, da war nicht die Spur zu  
finden von Schillerschen Freiheitsdrange, nein, man  
trauert noch über das Ende des Menschen, dessen  
Dasein bestatet war von Blut vieler Unschuldiger,  
man leugnet dem Volk das Recht auf Nothwehr und  
spricht von den Wärmern, die für die Befreiung  
des russischen Volkes ihr Leben in die Schanzen  
schlugen, als von „verbrecherischen Vorfällen“ usw.  
Und mit denselben Leuten, die so Schiller, seine  
höchsten Ideale verleugnen, sollte das freiheits-  
begeisterte Proletariat gemeinam den Krenel der  
Freiheit ehren? Das ist unmöglich. Die sozial-  
demokratische Arbeiterpartei wird liberal Mittel und  
Wege finden, um dem Dichter und Freiheitskämpfer  
Schiller eine Gedenkfeier zu bereiten, die getragen  
ist von seinem Geiste, durchdrungen vom Geiste  
der Freiheit. Im Proletariat wird Schiller heute  
verstanden, der Bourgeoispreffe von heute ist sein  
Lebenswerk ein mit sieben Siegeln verschlossenes  
Buch.

Man lese einmal folgende Urteile über das Er-  
eignis in Moskau:

Die „Norddeutsche Allgemeine“:  
„In der ganzen zivilisierten Welt wird man die  
Tat von der russischen Revolution in Moskau mit Ent-  
zücken aufnehmen. Nur solche Elemente, deren  
moralisches Empfinden völlig abgestumpft ist, vermögen  
anders als mit Abscheu auf das grauliche Verbrechen  
zu blicken, das getrieben in der alten Hauptstadt des  
russischen Reiches begangen wurde. Wird nicht Moskau,  
dortan gibt es nichts zu dröhen und zu denken.  
Sozialistisch werden durch diese That denjenigen Kreisen  
in Anblik vollends die Augen geöffnet, die zwar eine  
Bewehrung der öffentlichen Zustände anstreben, mit den  
Ausführlichkeiten der Propaganda der Tat aber nichts  
zu schaffen haben wollen.“

Die „Kreuzzeitung“:  
„Die Kunde von der neuerlichen Ermordung  
des Großfürsten Sergius von Russland, des Heims  
Kaiser Nikolaus, hat auch in Deutschland weite Kreise

erschüttert und mit Abscheu gegen die Mordtaten er-  
füllt. Nirgends und niemals kann und wird ein sitt-  
lich denkender Politiker, geschweige denn ein Befür-  
worter des Christentums, für einen Mordmord auch nur das  
leiseste Wort einer Entschuldigung finden.“

Die „Post“:  
„Die Sozialdemokraten verstehen wie gereizte  
Tiere dieses Recht nämlich das der politischen Rot-  
mehr bei verbrecherischen Taten, die ihr Recht  
benutzeln in Verbrecher- und Zuhälterkreisen bei  
Reklame der sozialdemokratischen Organe ihrer Zunft-  
genossen entwickelt haben.“

Das sind „führende“ Organe, die kleineren und  
kleinsten bürgerlichen Presseorgane beten das  
pflichtschuldig nach und bringen daneben tagtäglich  
ästhetische und moralische Salbabereien über  
Schiller. Das ist geradezu ekelhaft! Mit der-  
artigen Schillerverehrern kann das Proletariat sich  
nicht zur Schillerfeier zusammenfinden.

Das vor der Despotie, vor der Gewalt hauch-  
erschütternde Bürgertum kann einen Schiller nicht  
ehren, der seinen „Wilhelm Tell“ schrieb als eine  
der gewaltigsten Streifschriften wider den Despo-  
tismus. „In tyrannos!“ rief Schiller und er legte  
dies Wort als Motto vor seine „Räuber“. Die-  
jenigen aber, die jetzt mit vielem Tamtam und  
wenig Ehrlichkeit Schillerfeiern inszenieren, stehen  
auf der Seite der Tyrannen und beschimpfen die  
Feinde der Tyrannen! Wer heute die Worte  
Hippokrates in die Welt rufen wollte, die Schiller  
seiner Räubervorrede vorsetzte: „Was die Medizamente  
nicht heilen, heilt das Eisen und was das Eisen  
nicht heilt, heilt das Feuer“, der ließe Gefahr,  
von den bürgerlichen Schillerverehrern der Staats-  
anwaltschaft denunziert zu werden. Als Schiller  
„Wilhelm Tell“ erstmals über die deutschen Wälder  
ging, da folgten die Vorfahren des heutigen Bürger-  
tums begeistert, jubelnd dem gewaltigen Schauspiel.  
Heute, wo ein weit schlimmerer Tyrann, als  
es der Vogt Gelehrter war, sein Ende fand,  
bleibt das Bürgertum nicht nur kalt, nein, es be-  
schimpft die russischen Freiheitskämpfer als Mord-  
buben! Diese Gegenüberstellung bringt uns den  
klarsten Beweis von der Verfälschung des Bürger-  
tums. Wohl bildet sich unser Bürgertum ein, Bildung und  
Gesittung in Erbpacht zu haben, aber die Freiheit,  
die erste Voraussetzung für wahre Bildung und  
Gesittung der Völker, ist vom Bürgertum veraltet  
und verkauft. Dem Bürgertum sind heute fremd  
die herrlichen Worte Stauffachers:

Dem Kaiser selbst verweigern wir Gehorsam,  
Da er das Recht zu Gunst der Massen bog.

Nein, eine Grenze hat Trauennemacht  
Wenn der Gedächtnis nirgends steht kann finden,  
Wenn unerträglich wird die Last — greift er,  
Hinauf getrossen Wut in den Himmel  
Und holt herunter seine ewigen Rechte,  
Die droben hangen unerbürdlich  
Und unerbürdlich wie die Sterne selbst.  
Der alte Urtand der Natur lehrte wieder,  
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht.  
Als letztes Mittel, wenn kein anderes mehr  
Verlangen will, ist ihm das Schwert gegeben,  
Der Güter Höchstes dürfen wir verweigern  
Gegen Gewalt — wir stehen vor unsrer Land,  
Wir stehen vor unsrer Weiber, unsrer Kinder!

Ja, der Kampf um die Freiheit ist heute dem  
Bürgertum fremd. Der Tanz ums goldene Kalb  
hat ihm alle Ideale gestohlen, was einst es an Idealen  
besaß, wird jetzt von ihm in den Kot gezogen und  
mit Füßen getreten, so im Schillerjahr, so vorher,  
so auch nachher!

## Politische Uebersicht.

### Privateigentum, wirtschaftliche Freiheit und Vergerecht.

Die bergrechtlichen Reformen, zu denen sich die  
preussische Regierung durch den letzten Bergarbeiter-  
streik gedrängt sieht, haben mit einem Gesetzentwurf  
über die Stilllegung der Bergwerke begonnen,  
zu dem jetzt auch die Begründung vorliegt.  
Jetzt endlich ist die preussische Regierung zu der Ueber-  
zeugung gekommen, daß der § 65 des Berggesetzes,  
der die Verpflichtung des Bergwerkeigentümers  
zum Betriebe des Bergwerkes betrifft, „gegenüber  
den heute in Betracht kommenden Verhältnissen  
höllig ungenügend sei, um den öffentlichen Inter-  
essen wirksam Schutz zu gewähren“. Das preussische  
Berggesetz von 1865 hatte unter dem Einfluß der  
damals herrschenden Theorie vom freien Spiel der  
wirtschaftlichen Kräfte die bis dahin geltende  
Zwangspflicht des Eigentümers zum Betriebe  
des Bergwerkes beseitigt. Zutreffend sagt darüber  
die Begründung:

Im allgemeinen konnte damals davon aus-  
gegangen werden, daß die Frage, ob ein Berg-  
werk zu betreiben sei oder nicht, von den all-  
gemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, dem  
Bedarf des Marktes, der Konkurrenz, den Preisen  
usw. beantwortet werden würde und daß bereits  
diese wirtschaftlichen Faktoren den Bergwer-  
keigentümer zu einer sachgemäßen Entscheidung  
über seine Maßnahmen bestimmen würden.  
Es konnte auch angenommen werden, daß das  
durch die Unterlassung eines Bergwerkes betriebes  
geschädigte öffentliche Interesse zu einem An-  
gebot höherer Preise führen und dadurch den  
Bergwerkeigentümer veranlassen würde, den bisher  
unterlassenen oder stillgelegten Betrieb zu  
eröffnen.

Die preussische Regierung erkennt jetzt an, daß  
dieser prinzipielle Standpunkt des wirtschaftlichen  
Liberalismus heute unhaltbar geworden ist. Der  
Bergbau, heißt es weiter, habe sich jetzt zu einer  
mächtigen Großindustrie entwickelt, an die Stelle  
der einzelnen Unternehmer seien Trusts und  
Syndikate getreten. Es wird ferner die Technik  
der Bergbauunternehmung so gefördert, daß die  
Zugabe der Staatsgewalt auf den Betrieb der Bergwerke vermehrt werden  
müsse. Es gelte, ein Verfahren einzuführen, „das  
einen wirksamen Schutz der durch Unterlassung  
eines Bergwerkes betriebes gefährdeten öffentlichen  
Interessen bietet“. Der vorliegende Entwurf suche  
dieses Ziel zu erreichen, indem er die baldige und  
erfolgreiche Zwangsversteigerung eines außer Be-  
trieb gestellten Bergwerkes sucht und die Möglichkeit  
eines Zwangsbetriebes eines Bergwerkes durch  
einen staatlich angestellten Bergverwalter auf  
Kosten des Bergwerkeigentümers vorzieht.

Diese Schlussfolgerungen der Regierung sind  
theoretisch richtig und für den Sozialisten be-  
sonders interessant, weil die in ihnen liegenden  
Zugrundeliegenden Gedanken, wie wenig die starre Eigen-  
tumstheorie des Kapitalismus eine ewig gültige  
Norm sein kann. Ein volles Privateigentumsrecht  
an Bergwerken, das als positive Seite das Recht  
der Zerstörung in sich einschließt, hat es ja  
überhaupt nach dem alten Vergesetze nicht gegeben.  
Die neue Reform, so jagt man sich auch sein mag,  
bedeutet doch einen weiteren Schritt zur Beschrän-  
kung der kapitalistischen Eigentumsfreiheit, und dieser  
Schritt wird richtig aus den logischen Notwendig-  
keiten der zunehmenden Kapitalkonzentration be-  
gründet. Wenn einmal das Proletariat daran  
gehen wird, die Eigentümer der nationalen Boden-  
stücke, da sie ihr Eigentum ausbeutend im Gegen-

satz zum öffentlichen Interesse benützen, mit an-  
ständigen Pensionen und einem Rundreisestipendium um  
die Erde zu entlassen, so wird es sich bis zu einem  
gewissen Grade auf die Theorie der weiland könig-  
lichen Staatsregierung von Preußen berufen  
dürfen.

Allerdings nur auf die Theorie, nicht aber auf  
die Art, in der die preussische Regierung ihre Theorie  
anwendet. Denn wie die preussische Regierung die  
gesetzlichen Befehle wider die Willkür der Berg-  
herren anzuwenden gedenkt, geht daraus hervor,  
daß sie die bisherigen Befehlshaltungen in der  
Begründung des Gesetzentwurfes gegen das  
Berggesetz — ausdrücklich billigt. Sie  
erklärt nämlich, bisher habe es sich bei den Still-  
legungen „meist im Bergwerke gehandelt, die in-  
folge ungünstiger Verhältnisse einen wirtschaftlich  
lohnenden Betrieb nicht mehr versprachen“.

Hier also, wo es sich nicht mehr um die Theorie,  
sondern um Begreifung der künftigen Praxis handelt,  
dreht sich die Logik der Regierung im Kreise herum.  
Wenn die Grubenherren nur solche Befehle stilllegen,  
deren Betrieb sich nicht mehr lohnt — wo dann  
ein Befehl gegen das Berggesetz. Die Gegner  
des Entwurfes, soweit sie Vertreter des Bergbau-  
wesens sind, werden dieses den Bergherren ge-  
sendete Kompliment weidlich zu Zwecken ihrer  
Opposition auszunützen wissen.

## Aus Baden.

\* Schmerz beim „Blod“. In Gallingen  
sind am Sonntag eine nationalliberale Vertrauens-  
männerversammlung statt, der Oberbürgermeister  
Dr. Wildens-Heldberg betonte. Wg. Dreher  
lehnte aus Gesundheitsrücksichten die Wiederannähme  
einer Kandidatur ab. Es wurde folgende Resolution  
lt. „Ober. Vote“ einstimmig angenommen: „Die  
heute in Gallingen versammelten nationalliberalen  
Vertrauensmänner des Wahlbezirks Lörrach-Land  
lehnen die Ueberlassung des Bezirkes bei den bevor-  
stehenden Landtagswahlen an die freisinnige Partei  
ab und sprechen sich auch dagegen aus, daß Lörrach-  
Land von dem Wahlabkommen zwischen den  
Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten  
ausgenommen wird, erklären aber ihr Einver-  
ständnis damit, daß der Kandidat für Lörrach-  
Land von der nationalliberalen Partei im Benehmen  
mit der freisinnigen Partei aufgestellt wird, wie sie  
dann auf der anderen Seite auch erwarten, daß  
die Freisinnigen der Aufstellung des Kandidaten  
für Lörrach-Stadt ein Benehmen mit den dortigen  
Nationalliberalen vorausgehen lassen.“

Das wird die Freisinnigen, die auch gerne  
nehmen, was sie kriegen können, wenig befriedigen.  
So wird der „Blod“ den Beteiligten da und dort  
noch Schmerzen machen. Freisinnige und Demo-  
kraten werden noch lange an den Bod denken, den  
sie mit diesem „Blod“ geschossen haben.

\* Zentrumskandidatur für Durlach-Bruchsal.  
Eine am Sonntag in Luterzrombach statt-  
gefundene Vertrauensmännerversammlung der Zen-  
trumspartei des Landtagswahlbezirks Durlach-  
Bruchsal, in welcher Herr Landgerichtsrat Abgeord-  
neter Schmidt aus Karlsruhe sprach, beschloß laut  
„Vob. Beob.“ einen eigenen Kandidaten aufzustellen,  
der voraussichtlich schon in kurzer Zeit wird proklamiert  
werden.

\* Das gewerbliche Unterrichtswesen in  
Baden, das bisher der Leitung und Beaufsichtigung  
des Kultus- und Unterrichtsministeriums unterstand,  
soll künftig dem Ministerium des Inneren  
zugeordnet werden, und zwar teilweise dem Mini-  
sterium direkt und teilweise der Landesgewerbekasse.  
Diese soll in ein Landesgewerbeamt umgewandelt

## Arbeiter.

Roman von Alexander A. Rielland.  
(Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen  
von Kapitän E. v. Sarau.)

(Nachdruck verboten.)

„Es soll darin stehen, daß sie mir nicht gram  
und auch nicht meinethwegen in Sorge sein soll;  
mir geht es gut — sehr gut, kannst du schreiben,  
mir geht nichts.“

„Ich schreibe weiter, daß du alles gut allein  
besorgen kannst und sie nicht vermissst —“, sagte  
der Aeltermann.

„Ach ja, Gott bessere es! Wohl vermissst ich  
sie, das kannst du schon sagen“, meinte Njådel,  
indem er sich nützlich hin und her bewegte.

„Dann wird sie aber ganz außer sich werden,  
wenn sie hört, daß du sie so schwer entbehrest.“

„Nein, dann muß nichts davon im Briefe stehen“,  
sprach Njådel eifrig, „schreib, doch du mußt es am  
besten wissen, Aeltermann, du hast es ja gelernt.  
Aber schreibe so, daß Christine froh wird, mir  
kannst einreiben.“

„Wäre es nicht am besten, auch einen Brief an  
beiden Brüdern zu schreiben?“

„Das wäre es gewiß, Aeltermann! Müßt  
du denn Andreas schreiben, er solle gut gegen sie  
sein; Bezahlung soll er haben, wenn er's ver-  
langt.“

„Das kannst du dir doch denken, daß er Be-  
zahlung will.“

„Andreas steht sich gut“, erwiderte Njådel,  
„das ist ein Durck“, der in der Welt vorwärts  
genommen ist. „Ja, die Mutter wußte wohl, was  
sie sagte. Du, Njådel, sagte sie, bist ein großer  
Kämmerl; aber der Andreas ist so fein wie ein  
Sermelin.“

„Warum übernahm er denn aber nicht den Hof  
deines Vaters, da er doch der Älteste war?“

„Weil er wollte, daß ich ihn haben sollte.“

„Er wußte wohl, was er tat, dein Herr Bruder;

er ließ dich mit dem lumpigen Hofe sitzen und  
machte sich selbst davon mit dem Gelde“, meinte  
der Aeltermann.

„Du mußt nichts Lebles von dem Andreas  
reden“, versetzte Njådel, „er war ein geschelter  
Vurche. Ich erinnere mich noch so deutlich, wie  
wir für die Mutter droben von der Höhe Heide-  
kraut holten. Andreas war so unbegreiflich geschickt  
darin, das Kraut zurecht zu legen.“

„Aber du trugst es nach Hause.“

„Nun, natürlich trug ich es, weil ich eben der  
Stärkere war.“

„Was ist der Andreas eigentlich dort in der  
Stadt?“ fragte der Aeltermann.

„Er ist mit dabei bei etwas Großen, ich kann  
aber nicht darauf kommen, wie es heißt.“

„Njådel begann im Schrank nach einem alten Brief  
vom Bruder zu fischen.“

Die Klänge an der Hintertür ward vorsichtig  
bewegt, und man hörte darauf jemanden durch die  
Stiege tappen. Es war schon ziemlich dunkel in  
dem trübigen Wetter; nur im Vorhofen lag ein  
heller Streifen am Horizont und warf einen gelb-  
roten Schein in die Stube.

Als Njådel sah, daß es Sören Vörvig sei, der  
nun hineintrat, schlug er den Schrank zu und sagte  
hart: „Du kommst wohl, um zu sehen, ob das  
Haus gereinigt ist? Sieh nur gut nach in den  
Werten, ob du noch weiteres Vergerniß auspielen  
kannst, du.“

„Der Gerechtigkeits muß genügt werden“, ant-  
wortete Sören sanft, „und ich will dich eindringlich  
ermahnen, Njådel —“

„Was willst du von mir?“ unterbrach ihn der  
andere.

Sören wagte nicht zu behaupten, daß er aus-  
schließlich gekommen wäre, um Njådel eine Er-  
mahnungsrede zu halten, obgleich er der Gehilfe  
des Predigers war; er entschloß sich daher gegen  
seine Gewohnheit, gerade auf die Sache los-  
zugehen.

„Ich habe mit dem Rechtsanwalte Toste ge-  
sprochen“, begann er.

„Bom Seetang am Strande?“

„Ja, auch davon. Er meinte, es ginge nicht  
an, daß ich keinen Rang erhalte; es könnte —  
könnte.“

„Könnte vielleicht Vergerniß erregen?“ fragte  
der Aeltermann laut. Er stand in der Ofenecke  
und machte sich mit seiner Pfeife zu schaffen.

„Nein — Aeltermann, das wars nicht; er  
meinte, es könnte zweifelhaft genug sein mit dem  
Graben.“

„Ich habe meinen Kaufbrief“, versetzte Njådel.

„Ja, ja, den hast du —“, Sören ging auf die  
Türe zu. „Ich kam bloß, um dir dies zu sagen;  
nun können wir dem anfangen.“

„Krogek?“ rief der Aeltermann.

„Jawohl! Die Sache anfangen.“

„Krogek?“ rief der Aeltermann und trat näher.

„Darauf solltest du dich zweimal bedenken, Njådel;  
ich meine Leute, die sich für weniger als das von  
Haus und Hof prozessiert haben und mancher  
brave Mann liegt schon in der Erde, den der  
Rechtsanwalt Toste vor der Zeit ins Grab ge-  
legt hat.“

„Du solltest nicht so von deinem Nächsten  
reden, Lofsen-Aeltermann! Uebrigens meinte der  
Anwalt, es könnte ein sehr langer Prozeß werden.“

„Ich ziehe gleichwohl meinen Graben“, sagte  
Njådel.

„Das tust du doch wohl nicht, Njådel, wenn  
der Vogt hier gewesen ist und ein Verbot dagegen  
erhoben hat.“

„Ein Verbot?“

„Ja, siehst du,“ antwortete Sören, „dann  
mußt du warten, bis ein Urteil in der Sache ge-  
fällt ist.“

Njådel schritt durchs Stimmer, schob einen Stuhl  
zur Seite und blickte unglücklich auf den Aelter-  
mann; zuletzt aber kam er auf den Hauptpunkt  
zurück: „Ich habe den Kaufbrief vom Bischof in  
Christiansund“, sprach er mit entschlossenem Tone  
und schlug die eine Hand in die andere.

„Du kümmerst dich beim Bischof anfragen,  
Njådel, wie es mit der Langgerechtigkeit steht.“

sagte Sören freundlich und sah ihn von der  
Seite an.

„Das wäre gar nicht so übel, Sören“, brummte  
der Aeltermann, „das könnte doch nicht so teuer  
werden.“

„Oder es wäre vielleicht noch besser, den König  
zu fragen“, sagte Sören leicht hingeworfen, indem  
er aus dem Fenster sah.

„Ja, der König steht über dem Bischof“,  
meinte Njådel, „aber wird er auch darauf ant-  
worten?“

„Wenn wir die Sache an das Ministerium  
schicken —“

„Wohin?“ fragte Njådel eifrig.

„Ans Ministerium“, antwortete Sören, der gut  
Bescheid zu wissen schien.

„Aeltermann!“ rief Njådel, „das ist der Ort,  
wo Andreas ist, ich hätte das Wort vergessen.  
Aber kommt es dann auch zum Könige?“

„Jawohl“, erklärte Aeltermann, „das ist der  
Weg zum König.“

Njådel bedachte sich eine Weile. Der Vorschlag  
gefiel ihm weit besser als ein Prozeß. Außerdem  
war Andreas dort; er konnte sich der Sache an-  
nehmen; dann ward sie rasch und ein für allemal  
abgemacht; es war ja so merkwürdig, daß er nicht be-  
kommen würde.

Sören stellte sich anfangs, als ob er vorzöge,  
die Sache dem Gericht zu übergeben; aber nach-  
giebig, wie er war, ließ er sich bald überreden;  
zuletzt übernahm er es sogar, alles zu ordnen  
und die Abfassung und Einfindung des Beschlusses  
zu besorgen.

„Aber du mußt den Rechtsanwalte Toste be-  
zahlen, Njådel.“

„Du hast den Streit angefangen, Sören.“

„Aber du ziehst den Graben.“

Der Aeltermann brachte es zuletzt dahin, daß  
sie übereinkamen, sich in die Kosten zu teilen und  
damit ging Sören hinweg.

(Fortsetzung folgt.)



de wische den. Von M. durch fröhlicher geberbe Wirtschaft vorbreiter zung von die Höhe nigkeit der ebenjo die Höhe des Quadrat- rung der des Er- vermäßige, bereit zu abem an n Zeit auf schritten. beabteilos. e Vorlage, unnehm er

### Neues aus aller Welt.

**Barcelona, 21. Febr.** Auf der Plaza-de-Torres stieg gestern ein Luftballon auf. Richtig hing er Feuer. Der Aeronaut sprang aus dem Korbe und blieb in zer- schmetterten Gliedern am Boden liegen.

**New-York, 21. Febr.** Inwelt Birmingham (Alabama) wurden 150 Vergleite in der Virginia- mine infolge eines Felssturzes von der Höhe von 600 Fuß in die Tiefe geschleudert. Dreiundvierzig Mann sind bei den Rettungsarbeiten beschädigt, in denen wird der Tod vieler besichert, da die Luftzufuhr anscheinend unterbrochen ist.

### Deutscher Reichstag.

(194. Sitzung.)

**Berlin, 21. Februar.**

Zunächst wird die Abstimmung darüber, ob der Kolonialantrag an eine Kommission von 28 Mit- gliedern verwiesen werden soll, bei der sich am Samstag die Beschlußfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte, wiederholt. Die Abstimmung, die namentlich ist, ergibt Annahme des Antrages auf Kommissions- beratung mit 151 gegen 118 Stimmen und einer Einstimmigkeit.

### Errichtung eines Reichsarbeitsamtes

In Verbindung mit zwei weiteren Anträgen der Nationalisten und der Polen, die denselben Gegenstand betreffen. Der sozialdemokratische Antrag hat die Form eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfs und schlägt vor, ein Reichsarbeitsamt mit dem Sitz in Berlin zu schaffen, zu dessen Aufgaben der Erlaß von Arbeits- schutzvorschriften, die Leitung von Enqueteen über Arbeits- verhältnisse und die Aufsicht über die Arbeitsämter ge- hören sollen. Diese Arbeitsämter sollen für jeden Be- zirk einer höheren Verwaltungsbehörde eines Bundes- staates errichtet werden. Es soll ihnen unter anderem die Aufsicht über die Errichtung von Arbeits- nachweiser obliegen. Zur Unterstützung der Ar- beitsämter sollen Arbeitsämter errichtet werden, denen eine gleiche Anzahl von Arbeitern und Arbeit- leuten angehöre soll. Im Falle von Arbeitsverle- tungen soll das Arbeitsamt auf Antrag einer der frei- lichen Parteien als Einigungsamt fungieren. Der nation- alistische Antrag Dr. Baumbach u. Gen. fordert die Re- gierung zur Errichtung eines Reichsarbeitsamtes auf, auf welches die Obliegenheiten der Kommission der Ar- beiterfreiheit übergehen soll, und dem in gleicher Maß- stäbe Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter als ständige Mitglieder angehören sollen. Der polnische Antrag erzieht die Regierung um Schaffung eines Reichsarbeitsamtes sowie um Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitsnachweiser.

**Abg. Thiele (Soz.)** begründet den sozialdemokratischen Antrag, der dem Reichstag bereits in früheren Sessio- nen vorgelegen hat. Der Antrag sei schon alt und die Zahl seiner Befürworter habe sich ständig vermehrt. Aber noch vor wenigen Jahren erklärte ihn der Reichstag als unzulässig. Heute ist die sozialdemo- kratische Bewegung in Deutschland eine mächtige Kraft. Die Arbeiter in den Fabriken und in den Hand- werksbetrieben sind heute mehr als je zuvor in der Lage, ihre Interessen zu vertreten. Die Arbeiter- kammer ist heute eine mächtige Organisation, die die Interessen der Arbeiter in der Hand- werksbetriebe vertreten kann. Die Arbeiter- kammer ist heute eine mächtige Organisation, die die Interessen der Arbeiter in der Hand- werksbetriebe vertreten kann. Die Arbeiter- kammer ist heute eine mächtige Organisation, die die Interessen der Arbeiter in der Hand- werksbetriebe vertreten kann.

Die Februarerlasse sind jetzt 16 Jahre alt. Zur Ver- wirklichung der Erlasse ist aber fast nichts getan worden. Wenn man sieht, wie Herr Nordhoff mit preussischen Mini- stern umspringt, so kann man sich über die Unzuläng- lichkeit der Regierung nicht wundern. Wir haben Handels- kammer, Handwerkerkammern und Landwirtschafts- kammer, also haben wir keinen Grund, mit der Bildung von Arbeitskammern zu zögern, denn die Arbeiter müssen als eine gleichberechtigte Klasse der Bevölkerung behandelt werden.

**Abg. Trimborn (Zentr.)** Das Zentrum erstrebt schon seit langem Arbeitskammern und hat wiederholt entsprechende Anträge gestellt. Die Forderung des Abg. Thiele über die Stellung unserer Regierung zu der Frage war durchaus nicht objektiv. Gegenüber seinen Verhöhnungen habe ich nur ein mitleidiges Schielen. Das ist die alte Kritik der Sozialdemokraten: Statt mit uns zusammenzuarbeiten, um ein erfruchtenswertes Ziel zu erreichen, fällt man seinem natürlichen Bundes- genossen durch unmotivierten Angriffe in den Rücken. Die Sozialdemokraten fördern dadurch die soziale Politik nicht, sondern sie werden zu einem Weisegewicht, das die Fort- führung der Sozialpolitik erschwert. Im Jahre 1901 hat das Haus aus unserem Antrag zur Errich- tung von Arbeitskammern abgelehnt. Als auch das nicht nützte, brachten wir eine Interpellation ein und damals zuerst sagte die Regierung die Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfes zu. Die Vorlage der Regierung ist für die nächste Session zu erwarten. Dann wird der Augenblick gekommen sein, alle Einzelfragen, die mit dieser Materie zusammenhängen, zu erörtern und die sozialdemokratischen Vorstöße eingehend zu kritisieren. Der sozialdemokratische Antrag fordert in manchen Punkten eine Kritik geradezu heraus. Die Zahl der Arbeits- kammer z. B. soll sich nach der Zahl der Betriebe richten. In landwirtschaftlichen Bezirken würde doch eine solche Vertretung die industriellen Arbeiter gegenüber den landwirtschaftlichen einfach erdrückt haben. Inseiner- trachtens müßten in den Arbeitskammern auch die Privat- beamteten eine Vertretung finden. Am besten würden wir den sozialdemokratischen Antrag der Regierung als Mate- rial überweisen. Ein solcher Antrag ist aber bei der ersten Lesung nicht zulässig. Eine Kommissions- beratung können wir nicht zu, da ja in nächsten Winter die ganze Frage eingehend erörtert werden wird. In der zweiten Lesung werden wir Überweisung als Material ohne motivierte Tagesordnung beantragen. Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes fallen wir auch für unbedingt notwendig. Die Stellung der Ar- beiterkammern in der Kommission ist nicht frei genug; wir müssen eine selbständige Behörde haben, die auch ständige Verbindung mit den Arbeitskammern hat und ihnen übergeordnet ist. Das Reichsamt des Innern ist ja über- schäftigt. Dem liberalen Antrag können wir nicht ohne weiteres zustimmen. Ich höre bei den Sozialdemokraten, weil er dem Reichsarbeitsamt zu viel Aufgaben zuweist. Den polnischen Antrag empfehlen wir der Regierung als Material zu überweisen.

**Abg. Pauli-Botsdam (Soz.)** Wir lehnen alle An- träge ab und warten, bis die Regierung selbst einen Entwurf vorlegt. Man muß gegenüber solchen Anträgen der Sozialdemokraten, so harmlos sie auch ausse- hen, höchst vorsichtig sein. Ich fürchte von einer Annahme des Antrages eine Entwürdigung des gesamten Erwerbs- lebens unseres Vaterlandes. (Widerstand und Gelächter links.) Wenn das Gesetz über die Arbeitskammern an uns gelangt, werden wir es wohlhinnehmend prüfen.

**Abg. Mühlbauer (Freis. Wp.)** Die Nationalisten der Arbeiterkammern kann wohl als erwiesen gelten. Ich glaube zwar, daß der Abg. Thiele den Wert solcher Kammern für die Arbeiter überhöht. Die staatlich anerkannten Vertretungen der verschiedenen Stände, die wir bereits haben, haben, glaube ich, nicht mehr geleistet, als freie Organisationen, z. B. die Handwerker- kammer leisten nicht mehr als es die freien Innungen tun können. Eine Vertretung der Arbeiter werden wir bekommen, ich würde aber Arbeiterkammern vor Arbeits- kammern den Vorzug geben. Weshalb sollen wir die Arbeiter zwingen, mit den Arbeitgebern in einer Kammer zusammenzusitzen? Ich verstehe nicht, wie gerade die Sozialdemokraten die Forderung der Arbeitskammern erheben können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In einer Arbeitskammer werden die Arbeiter nicht frei sprechen, wie in einer Arbeiterkammer. Die Arbeiter der Arbeiterkammern werden beeinflusst durch die Ansichten der Arbeitgeber. Wenn keine Arbeiterkammern zu er- reichen sind, bin ich zur Not auch für Arbeitskammern zu haben. Der sozialdemokratische Antrag ist aber sehr an- sehnlich. Dem national-liberalen Antrag werde ich zu- stimmen und werde für Überweisung des polnischen Antrages als Material stimmen.

**Abg. Raab (Natl.)** Es ist uns schon von der Regierung ein Gesetz in Aussicht gestellt worden, aber deshalb wird doch das heute hier Gesagte hoffentlich nicht überflüssig sein. Das eine und das andere kann vielleicht noch in den Regierungsmotiven und -Vorarbeiten benützt werden. Es ist wünschenswert, daß recht bald dem Reichstag ein Entwurf vorgelegt wird. Wir sind den Arbeitern und Arbeitskammern, wollen aber keine Arbeiterkammer. Wir beurteilen den sozialdemo- kratischen Antrag deshalb günstiger als das Zentrum und begrüßen die Sozialdemokraten gerne als Mit- arbeiter bei der vorliegenden Frage.

**Abg. Radtke (Freis. Wp.)** Will man eine sozial- politische Zentralbehörde oder eine sozialpolitische Zentralbehörde? Bisher war sich die Mehrheit des Reichs- tages darüber einig, daß wir eine sozialpolitische Be- hörde wünschen, wie sie der national-liberale Antrag vor- schlägt. Diesem Antrage stimmen wir also zu. Wir brauchen eine Organisation der sozialen Einrichtungen. Auf dem Gebiete der Erhebung über Arbeiter- verhältnisse gibt ja noch sehr viel zu tun. Der polnische Antrag gibt der Zentralbehörde einen vollständigen anderen Charakter. Nach diesem Antrage würden die Behörden Aufgaben bekommen, die wir bisher dem Gewerbeamt zugewiesen haben. Wir würden eine vollkommen Ver- wirrung anrichten, wenn wir dem Reichsarbeitsamt gleichfalls solche Aufgaben stellen wollten. In eine ein- gehende Kritik des sozialdemokratischen Antrages will ich nicht eintreten. Ich widerspreche seiner Tendenz nicht aus prinzipiellen Erwägungen. Die Fragen, die dieser An- trag berührt, werden wir aber erst erörtern können, wenn uns der angeforderte Gesetzentwurf vorliegt. Ich persönlich habe die Arbeitskammern den Vorzug, weil deren Beschäfte mehr Bedeutung finden werden, und weil solche Kammern eine gewisse Milderung der Gegen- sätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erwarten lassen. Die Einbeziehung der Privatbeamten in die Arbeits- kammer wünschen wir nicht.

**Abg. Erberger (Zentr.)** Die Rede des Abg. Mühlbauer hat mich unangenehm überrascht. Wenn die Sozialdemo- kraten ein Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeit- gebern vorschlagen, so sollte das niemand von uns be- kämpfen. Wir sollten es vielmehr begrüßen, daß die Sozialdemokraten nicht mehr wie früher Arbeiterkammern wollen, sondern Arbeitskammern. (Sehr richtig!) Auch die geistige Arbeit muß in den Arbeitskammern Ver- tretung finden. Für die geistigen Arbeiter wünschen wir die Schaffung besonderer Ausschüsse der Arbeitskammern, die in allen Fragen gehört werden, bei denen die Privat- beamten interessiert sind. Der Abgeordnete Pauli ist doch gewiß ein überzeugter Vertreter der Hand- werkskammern. Was aber für die Handwerker- geist ist für die Arbeiter. Die Sozial- demokraten scheinen keine sozialpolitische Debatte vorübergehen lassen zu können, ohne das Zentrum anzu- greifen. Dadurch dienen Sie (zu den Sozialdemokraten) den Arbeiterinteressen in keiner Weise. 1876 schon hat das Zentrum eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter gefordert und es hat seitdem keine Gelegenheit vorüber- gehen lassen, um den Gedanken der Arbeitervertretung möglichst zu fördern. Im einzelnen besteht unser größtes Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag darin, daß danach alle Betriebe eines bestimmten Bezirkes in eine Arbeitskammer zusammengezwungen werden sollen. Dabei handelt es sich um so verschiedenartige Interessen, daß von einer wirklichen Organisation gar nicht die Rede sein kann. In vielen Be-

zirken konnte die Regierung der Kammer rein agrarisch sein. Und nun soll in die Hände dieser bunt zusammen- gewürfelten Kammer die Fabrikinspektion gelegt werden! Der gesunde Kern des sozialdemokratischen Antrages ist der, daß in unserer Zeit, wo die Parlamente nicht nach Beruf und Ständen geordnet sind, Vertretungen der ein- zelnen wirtschaftlichen Interessen notwendig sind. Wenn man aber nicht ganz verschiedenartige Interessen in einer einzigen Organisation zusammenfallen, sondern muß Vertretungen bestimmter Interessen schaffen, also zunächst der Fabrikarbeiter und Arbeitergeber.

Damit schließt die erste Lesung. Hierauf erklärt **Abg. Pauli-Botsdam**, daß er sich nicht grundsätzlich gegen eine Arbeitervertretung ausgesprochen habe; er wolle das von der Regierung angebotene Gesetz abwarten. Im Schlußwort führt **Abg. Rebel (Soz.)** aus, es sei nicht zu betonen, daß das sozialpolitische Verständnis der Mehrheitsparteien einige kleine Fortschritte gemacht habe. Die Stellung der Parteien zu unseren Anträgen ist aber die alte geblieben und der Abgeordnete Trimborn hat uns heute so in Grund und Boden verdonnert, daß die Arbeiter darüber den Kopf schütteln werden. Dieser Antrag will der Arbeiterklasse eine organische Ver- tretung ihrer Interessen verschaffen. Die Erledigung all der vielen sozialpolitischen Aufgaben, die heute auf eine Regierung drängen, wollen wir einer selbständigen Be- hörde überlassen, die wir Reichsarbeitsamtministerium heißen werden, wenn unsere Verfassung Reichs- ministerien überhaupt kenne. Die Arbeitsämter, die wir vorschlagen, schließen sich logisch an das Reichsarbeitsamt an und an die Arbeits- kammer der Arbeiterkammern. Herr Mühlbauer spielt sich heute auf den Redibölen aus und macht uns Vorwürfe, daß wir nicht für Arbeiterkammern eintreten. Wir wissen aber sehr wohl, daß wir unsere ganzen so- zialpolitischen Ziele nur erreichen können, wenn die Arbeitergeber zugelassen werden. Außerdem lagen wir uns, daß die Unabhängigkeit von Arbeiterkammern viel mehr eingetragt werden würde, als die von Arbeits- kammer. Den Ständegebanen des Zentrums, wie ihn heute wieder der Abg. Erberger betrat, halten wir für veraltet, weil es heute feste Stände in der Weise über- haupt nicht mehr gibt, sondern sich die Gesellschaft in einem unauflösbaren Mauerwerk befindet. Was heute Herrschaft ist, ist morgen Raub. Wo- das man die Kammer eine agrarische Mehrheit be- kommen werden, halten wir für kein Unglück. Uns ist vor allem daran zu tun, daß überhaupt organisiert wird. Im übrigen betrifft uns in unserer Ansicht, daß Arbeits- kammer den Arbeiterkammern vorzuziehen sind, nichts mehr, als die Stellung des Zentralverbandes der Industriellen, der sich für Arbeiterkammern ausgesprochen hat, aus dem einfachen Grunde, weil diese Arbeiterkammern von vornherein zur Wirkungs- losigkeit verurteilt worden wären.

Nach einem kurzen Schlußwort des **Abg. Pauli** (Natl.) wird gegen die Stimmen der Konserverativen und Sozialdemokraten der national-liberale Antrag ange- nommen und der polnische Antrag der Reichsregierung als Material überweisen. Der von den Sozialdemo- kraten beantragte Gesetzentwurf wird, da keine Kommissionsberatung vorgeschlagen ist, demnächst im Plenum zur zweiten Lesung gestellt werden.

**Wahltagung Mittwoch 1 Uhr: Dritte Lesung der Handelsverträge.**

### Die Revolution in Rußland.

**Die Mörderherde.**

Aus Petersburg wird gemeldet:

Anklage Verbrechen befähigen die Massen-Gin- richtungen in Warschau auf Anordnung des Gouverneurs Icherfow. 150 Arbeiterführer seien Donnerstag an eine Mauer gestellt worden und durch mehrere Salven einer Militärabteilung ge- tötet worden, ohne daß vorher ein Richterpruch gegen sie ergangen wäre.

Und wenn die ganze in Rußland herrschende Verbrechen-Kamorra vom Erdboden ausgegallt würde, sie könnten diese Bestialitäten nicht sühnen.

### Ergänzung.

Der Säcken unter den tapferen Männern des Absolutismus ist so groß, daß man sogar verzichtet, die Reihe des Großfürsten mit allem Pomp zu be- graben; sie bleibt vorläufig im Zichow-Kloster. Erst im Mai soll in Petersburg die Beerdigung er- folgen. Allerdings gibt es eigentlich nichts mehr, was man befehlen könnte; denn die revolutionären Verbände sind gnädiger und barmherziger als die, welche durch sie beseitigt werden. Sie martern nicht zu Tode, sondern scharfen im Augenblick eine schmerzlose und restlose Vernichtung; sie tilgen voll- kommen aus!

**w. Petersburg, 22. Febr.** Die Unruhen in Waku dauern an. Die gegenseitige Erbitterung steigert sich bis zum Neckerstein. Die Leute fallen auf der Straße übereinander her. Viele wurden getötet oder verwundet. In einem Stadtteil wird geplündert, ein anderer steht in Flammen. Die Lage der frieberrigen Einwohner ist gräßlich. Es herrscht allgemeine Panik. Auch in Valathansh sind Unruhen ausgebrochen. Die in Waku stehenden Truppen sind unzureichend, um die Ordnung auf- recht zu erhalten.

**Kaluga, 21. Febr. (W. B.)** Ein Teil der Ar- beiter in den Werksstätten der Eisenbahn Sysran- Wjasma ist gestern Nachmittag nicht zur Arbeit gekommen. Die Ordnung wurde nicht gestört.

**Lodz, 21. Febr.** Die Fabriken begannen neue Arbeiter zu den alten Bedingungen einzustellen. Ueber die Beendigung des Ausstandes der Metall- fabriken ist noch keine Entscheidung getroffen, da die Forderungen der Arbeiter übertrieben sind. Die Arbeiter sind bereits in der vierten Woche ausständig.

**Nowo Radomsk, 21. Febr. (W. B.)** Hier ist ein allgemeiner Arbeiterausstand ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhung.

**Warschau, 21. Febr.** Viele Arbeiter begeben sich auf die Dörfer. — 200 Wagen schleppischer Kohle treffen täglich hier ein.

**Charlow, 21. Febr.** Die Arbeiter in den Kronsdammweiden-Niederlagen und Druckereien sind in den Ausstand getreten.

**w. Zetateinostaw, 21. Febr.** Die Verkäufer in den hiesigen Ladengeschäften sind in den Aus- stand getreten. Der Gouverneur forderte sie auf, ihre Forderungen durch die Vereinigung mitteilen zu lassen. Die Ausständigen verlangen zwölfstündige Arbeitszeit, Sonntagsruhe, bestimmte Kündigungss- frist und Einführung einer Lebensversicherung.

**w. Sibau, 21. Febr.** Die Zahl der Ausständigen ist bis zur Hälfte der gesamten Arbeiterzahl ange- wachsen und beträgt z. Bt. 5500. Bisher sind keine Ruhestellungen vorgekommen.

### Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

**w. Petersburg, 21. Febr.** Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropatkin vom 20. Februar an den Kaiser meldet: Die Japaner setzten ihren Angriff auf Tsinkohang fort, wurden aber von unserer Abteilung zurückgeworfen, welche am 19. Februar Kapuduchan besetzte. Am 18. Februar verbrannte eine Japantroppe in der Nähe des Dorfes Lichagu, 10 Werst nordwestlich von Chagu-

min, ein feindliches Depot für Lebensmittel, nahm zwischen Lichagu und Chogamin einen Proviant- transport fort und verbrannte denselben, als sie von 8 Seiten vom Feinde eingeschlossen war, wo- auf sie zu unseren Truppen durch die Berge zu- rückzöge.

**w. London, 22. Febr.** „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Dort eingetroffene Nachrichten zufolge befindet sich das Geschwader Kanimuras im indischen Ozean. Man glaubt, daß eine große Seeschlacht bevorsteht.

**w. Tokio, 21. Febr.** Marschall Oyama be- richtet: Gelsen fand ein unbedeutender Infanterie- angriff auf Fongsho statt. Die Russen beschoßen in der Nacht zum Montag Lapatai mit schweren Geschützen.

### Letzte Post.

**w. Essen, 21. Febr.** Kardinal-Bischof Popp-Breslau ließ durch Vermittlung des Kardinal- Erzbischofs Fischer-Köln der „Essener Volkszeitung“ 2000 Mark für die notleidenden Vergleite zu- geben.

**Gannover, 21. Febr.** Der Streit an der Tech- nischen Hochschule zu Hannover hat dazu geführt, daß heute Morgen sämtliche Studierende auf Grund stillschweigender Uebereinkommens den Besuch der Vorlesungen eingestellt haben. Es wird im Laufe des Tages eine große Massendemonstration vor dem Hochschulgebäude stattfinden.

**w. Dresden, 22. Febr.** Gestern beschäftigte sich das Gesamtmittelministerium unter dem Vorsitz des Königs mit der Angelegenheit der Gräfin Montignio. Nach einem Bericht des Justizrats Körner haben die Gerichte über das anstößige Leben der Gräfin eidliche Befähigung erfahren. Abgesehen von der Sperrung der Apanage behält sich der sächsische Hof weitere Entschlüsse vor.

**Berlin, 21. Febr.** In der Budgetkommission des Reichstags teilte Minister Rade mit, daß nach den Angaben des Kriegsministers vom Jahre 1901 bei Annahme je einer Urlaubsberechtigter der Soldaten sich der jährliche Bedarf für die Freibahnen auf 1,250,000 Mark stellen würde.

**w. Königsberg, 21. Febr.** Die heute statt- gegebene Stadtvorstandsvorversammlung legte den sozialdemokratischen Antrag auf Verbilligung von 10,000 Mark für die Bergarbeiter im Ruhrgebiet, welche Forderung im Laufe der Debatte seitens des Antragstellers auf 5000 Mark ermäßigt wurde, ab.

**Zürich, 21. Febr.** Der Kantonsrat genehmigte nach einer siebenstündigen Debatte mit 84 gegen 48 Stimmen den Kommissionsbericht, der eine Reihe schwerer Uebelstände in der politischen Polizei, namentlich eine Sitzgewalt, Verletzungen der Versammlungsfreiheit, Aus- lieferungen von Anarchisten an Italien statt bloßer Auslieferungen konstatiert, und sprach die Ermattung aus, die Regierung werde dafür sorgen, daß die Ungehörigkeiten sich nicht wiederholen. Die Wider- heit bestand aus einem Teil der Liberalen.

**Brüssel, 21. Febr.** Die Streiklage ist in den drei Kohlenbezirken nahezu die gleiche geblieben. Im Vorjahren haben wiederum einige Hundert Vergleite die Arbeit aufgenommen. Im Centre haben die Arbeiter von Mariemont beschloßen, vorläufig vom Streik Abstand zu nehmen. Auch im Becken von Charleroi zeigen sich stets mehr Arbeitswillige. Am nächsten Sonntag soll in Charleroi wieder eine große über den Streik ent- scheidende Versammlung der Bergarbeiterorgani- sation abgehalten werden.

### Leistung.

Bei den Gewerkschaftsantalkasser sind folgende Ver- träge für den Bergarbeiterfreist eingegangen:

Von den Arbeitern der Firma Brand u. Co. auf Höhe Nr. 230 5 Mk. — Von den organisierten Mannern durch Wiltip: Höhe Nr. 70, Baden-Bichtenthal 4,90 Mk. — Höhe Nr. 72, Hühneim 5,75 Mk. — Höhe Nr. 83, Hühneim 8,70 Mk. — Höhe Nr. 87, Forchheim 4,35 Mk. — Höhe Nr. 88, Hühneim 11,70 Mk. — Höhe Nr. 89, Wöflingen 7,30 Mk. — Höhe Nr. 90, Durlach 5,90 Mk. — Höhe Nr. 227, Teutshneureuth 14,90 Mk. — Höhe Nr. 228, Lintenheim 1,45 Mk. — Höhe Nr. 229, Egen- stein 12,90 Mk. — Höhe Nr. 233, Welschneureuth 3,74 Mk. — Von den Kollegen bei Unterehner Kutterer 4,35 Mk. — Von den Wausiltsarbeitern Daxlanden 2,90 Mk. — Zusammen 93,84 Mk. Bisher quittiert 2900,74 Mk. Summa: 2994,58 Mk.

Weitere Beiträge nimmt F. Bongraz, Hebest. 17, entgegen.

### Vereinsanzeiger.

**S. P. Offenbg.** heute 5. T. 111

**Furtwangen.** Sonntag, 26. Febr. nachmittags punkt 4 Uhr, findet im Lokal Enzmann Mitgliederveramm- lung des sozialdemokratischen Vereins statt und ist unbedingt Erscheinen aller Mitglieder rotwendig. Der Vorstand.

**Konstanz.** Samstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, in der „Gelvetia“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Der Vorstand.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Zeit- artikel, die Anzeigen: Politische Ueberlicht, aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteimachtigen, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Jäger, Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Ged u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

### Ankündigung.

Dem für nährliche Streiche empfänglichen Publikum unseres „Probiere- und Musterlandes“ wird andurch auf Beschluß des nährlichen Oberrates kund und zu wissen getan, daß, einem allgemeinen Bedürfnis entsprechend, in diesem Jahre wiederum

### „Die Knallerbs“

tracht, der im vorigen Jahre infolge allzu großer Kläse das Strachen veranget war.

Indem wir dies allen, mit gutem Will und Humor ausgestatteten Lesern und Rezerimern mitteilen, hoffen wir, daß die „Knallerbs“ überall freudige Aufnahme findet.

Bestellungen bitten wir baldigst an uns gelangen zu lassen. Wiederverkäufer erhalten große Vergünstigung. Die Füllinhaber des „Volksfreund“, denen wir die näheren Bedingungen besonders mitteilen, werden als Wiederverkäufer bevorzugt.

Karlsruhe, im Februar 1905.

**Buchdruckerei und Verlag des „Volksfreund“.**  
**Geck & Co.,**  
Luisenstr. Nr. 24.

